

Befürworter und Gegner des schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrags

Mit der raschen Aufkündigung des Zollvertrags mit Österreich war Liechtenstein ab dem Sommer 1919 als Zollgebiet wieder auf sich allein gestellt. Liechtenstein war wirtschaftlich isoliert und dies in einem Ausmass, wie es seit dem Abschluss des Zollvertrags mit Österreich im Jahr 1852 nicht mehr vorgekommen war. Daran änderten die Tatsachen, dass Österreich Liechtenstein im kleinen Grenzverkehr Erleichterungen bot sowie der Abschluss eines Handelsabkommens mit Österreich im Frühjahr 1920 nicht viel.

In der liechtensteinischen Politik und Bevölkerung waren die Meinungen gespalten. Gut sechzig Jahre lang hatte man von der engen Anbindung an Österreich profitiert. Bei Währung, Mass- und Gewichtseinheiten hatte man sich in Liechtenstein auch vor Abschluss des österreichisch-liechtensteinischen Zollvertrags schon an den grossen Nachbarn Österreich angelehnt. Die Liechtenstein durchquerende Bahnlinie von Feldkirch nach Buchs gehörte den Österreichischen Bundesbahnen. Vorarlberg hatte nicht nur wirtschaftlich gesehen einen hohen Stellenwert für Liechtenstein. Feldkirch galt vor allem im Liechtensteiner Unterland als wichtige Handelsstadt. Die dort ab dem 18. Jahrhundert erfolgte Industrialisierung zog auch liechtensteinische Arbeitskräfte an. Bauern aus Unterländer Gemeinden bestiesens teils bereits seit dem 17. Jahrhundert mit ihrem Vieh Alpen in Vorarlberg. Aber auch die in Feldkirch vorhandenen höheren Schulen zogen viele Liechtensteiner an.



Gruppenfoto der liechtensteinischen Landtagsabgeordneten im Jahr 1921 mit Regierungschef Josef Ospelt im Landtagssaal. (Liechtensteinisches Landesarchiv, LI LA B 221/027/001, Foto: Walter Ospelt, Vaduz)

Die unter Wilhelm Beck agierende 1918 entstandene Christlich-soziale Volkspartei (heute Vaterländische Union, VU) war eher im Liechtensteiner Oberland beheimatet und sprach sich klar für eine wirtschaftliche Hinwendung zur Schweiz aus. Die ebenfalls im Jahr 1918 gegründete Bürgerpartei (heute Fortschrittliche Bürgerpartei, FBP) rekrutierte sich eher aus Unterländern und machte sich für einen Verbleib bei Österreich stark.

Das Hauptargument der Volkspartei für die Anbindung an die Schweiz war die wirtschaftliche Gesundung des Landes. Nur so könne sich die desolante wirtschaftliche Lage Liechtensteins verbessern. Skeptiker im Landtag waren hingegen davon überzeugt, dass Österreich für Liechtenstein nach wie vor das bessere Absatzgebiet sei. Erst recht dann, falls sich dieses in Zukunft an Deutschland anschliessen würde. Schützenhilfe erhielten die Skeptiker von Prinz Eduard von Liechtenstein, dem damaligen Geschäftsträger der Gesandtschaft Liechtensteins in Wien. Auch er opponierte gegen Vertragsverhandlungen mit der Schweiz und sah durch den Abschluss eines solchen Vertragswerks die Selbständigkeit Liechtensteins in Gefahr.

Aber auch bei den grundsätzlichen Befürwortern schwangen Ängste mit. Ob pro oder kontra, die Landtagsabgeordneten trauten der Schweiz nicht ganz und befürchteten Verhandlungsnachteile für das kleine Liechtenstein. Trotz aller Ängste und Befürchtungen sprachen sich aber alle Landtagsabgeordneten dafür aus, Vertragsverhandlungen mit der Schweiz aufzunehmen.

Widerstand gegen einen schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag kam nicht nur aus Liechtenstein, sondern auch aus der Schweiz. Gerade in den Nachbarkantonen St. Gallen und Graubünden gab es kritische Stimmen.

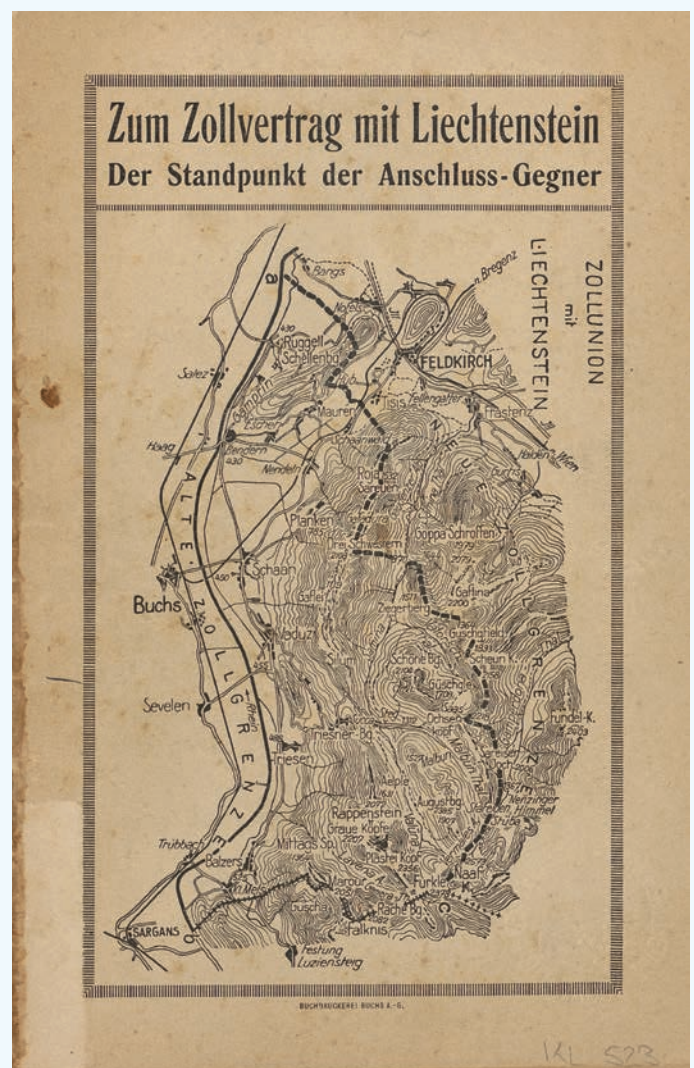
Eines dieser Gegenargumente war die Überwachung der Zollgrenze. Gerade aus Kreisen der Eidgenössischen Zolldirektion wurden Stimmen laut, dass die neue Zollgrenze in den Bergen schwierig zu überwachen sei und der Personalaufwand dafür teuer zu stehen käme. In diesem Zusammenhang wurde aus Schweizer Sicht auch das ihrer Meinung nach in Liechtenstein weit verbreitete Schmuggelwesen als Problem genannt.

In Werdenberg organisierte sich Widerstand gegen den Zollvertrag. Das «Werdenbergische Initiativkomitee» sah im schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag nicht nur eine Gefährdung von lokalen und regionalen Interes-

sen, sondern fürchtete um das Wohl der Schweiz generell. Schmuggel und chronische Gesetzesumgehung lastete das Initiativkomitee den Liechtensteinern an. Die Schulbildung im kleinen Land sei mangelhaft. Liechtenstein wurde als moralische Bedrohung und Gefahr für die gesamte Schweiz angeprangert.

Diese Argumente standen unter anderem auch in einem konfessionellen Zusammenhang. Während auf der vermehrt protestantischen Werdenberger Seite das katholische Liechtenstein als liederlich und gesetzesuntreu galt, existierten in Liechtenstein diesbezüglich die genau umgekehrten Vorurteile. Auch der Liechtensteiner Pfarrer Johann Baptist Büchel äusserte seine Bedenken zum wirtschaftlichen Anschluss an die Schweiz und wollte damit den Zuzug von vermehrt «protestantischen Elementen» verhindern.

Die Hauptargumente gegen einen schweizerisch-liechtensteinischen Zollvertrag blieben jedoch wirtschaftlicher und politischer Natur. Die Werdenberger befürchteten einen Bedeutungsverlust für den Grenzbahnhof Buchs und damit verbundene finanzielle Nachteile sowie Arbeitsplatzverluste. Der Abschluss eines Zollvertrags wurde als möglicher Wegbereiter für einen späteren politischen Anschluss Liechtensteins an die Schweiz gewertet, was von Liechtenstein aus jedoch stets entkräftet wurde.



In einer Broschüre aus dem Jahr 1923 zählte das «Werdenbergische Initiativkomitee contra Zollanschluss» seine Argumente gegen einen Anschluss Liechtensteins an das schweizerische Zollgebiet auf. (Liechtensteinisches Landesarchiv, LI LA SgZG 1923/02)